

Berliner Tageblatt

Nr. 344

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Verhandlungen zwischen Paris und London.

Mussolini, Kammer, Kurie und Volk.

(Von unserem Korrespondenten.)

Poincarés „Bemühungen“ um Beschleunigung der Antwort.

Der Vorteil der Geheimhaltung für Frankreich. — Der Standpunkt Belgiens.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 24. Juli.
Die französische Regierung, die nach den Äußerungen der inspirierten Blätter, noch gestern die Absicht gehabt haben dürfte, die Antwort auf die englischen Dokumente bis nach der Versagung des Parlaments in London hinauszuschieben, scheint sich inzwischen eines anderen Beschlusses zu haben. „Leit Parisien“ und andere dem Quai d'Orsay nachstehende Organe versichern heute, daß Poincaré alles in seinen Kräften stehende tun werde, um den englischen Wünschen nach Beschleunigung der Verhandlungen Rechnung zu tragen, und daß er deshalb nicht nur den für Donnerstag angelegten Ministerrat, in dem er das Kabinett über seine Absichten Bericht erhalten werde, bereits für heute früh einberufen habe, sondern auch schon gestern den Meinungs-austausch mit Brüssel aufgenommen habe. Ein langes Memorandum, in dem die französischen Gesichtspunkte einer gemeinsamen belgisch-französischen Antwort an die englische Regierung entwirrt werde, sei bereits gestern Abend nach Brüssel abgegangen.

Vertinzer, der diplomatische Redakteur des „Echo de Paris“, glaubt darüber folgende Andeutungen machen zu können: Wenn es auch noch nicht möglich sei, authentische Mitteilungen über die gestern gestifteten Beschlüsse zu geben, so wäre es doch vergeblich, sich verschließen zu wollen, daß die Ideen, von denen die englischen Dokumente beherrscht seien, nur sehr schwer mit den Wünschen von 11. Januar in Einklang gebracht werden könnten. Frankreich könne nicht zulassen, daß man von der Aktion an der Ruhr behauptet, sie habe ein vollkommenes Fiasko erlitten. Ebenso unmöglich ist es für die französische Regierung, auf den Handel einzugehen, der in der Frage des passiven Widerstandes vorliegt. Die Frage des passiven Widerstandes werde, da dadurch der Gang der französischen Aktion gebrochen würde. Was den Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 angeht, so sei Frankreich gezwungen, daran festzuhalten, solange das Damokles-Schwert über seinem Haupte schwebt. Erst wenn eine Einigung darüber erzielt sei, daß die Schulden Frankreichs an England und Amerika dem Schicksal der Bonds der Erie C. folgen, könne Frankreich an diesem Zahlungsplan rütteln lassen. Die französische Regierung sei bereit, die Zahlungsmittel, die Deutschland in seiner Note vom 7. Juni unter dem unrichtigen Namen Garantien vorgeschlagen habe, einer Prüfung zu unterziehen, aber nur unter der Bedingung, daß ihm die Pfänder, dies ergriffen habe, belassen würden.

Die Auffassung der maßgebenden belgischen Kreise glaubt der Brüsseler Korrespondent des gleichen Blattes in folgenden Worten zusammenfassen zu können:

1. Die englische Antwort enthalte neben sehr beachtenswerten Vorschlägen Punkte, die für Frankreich und Belgien unannehmbar seien.
2. Die schließlichen Verhandlungen nicht nur nicht auf, sondern sie werden im Gegenteil zu Gegenanschlägen auf, denen die wohlwollendste Aufnahme und Prüfung in London zugesichert werden.
3. In der Ruhrfrage betraufte sich Belgien durch die gemeinsame mit der französischen Regierung abgegebene Erklärung.

rung für gebunden. Belgien werde demgemäß seine Haltung nach der der französischen Regierung richten; dagegen habe sich Belgien hinsichtlich der endgültigen Lösung der Reparationsfrage nicht unbedingt an die französischen Konzeptionen gebunden. Belgien sei der Auffassung, daß man unter allen Umständen versuchen müsse, Amerika wieder heranzuziehen.

4. Der Gedanke, eine unparteiische Kommission mit der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit zu betrauen, dürfe unter diesen Umständen nicht a priori zurückgewiesen werden unter der Voraussetzung, daß diese Kommission nur beratende Befugnisse haben soll. Erwünscht sei es, daß ein Amerikaner das Präsidium übernehme.

Der „Matin“ will wissen, in dem gestrigen Ministerrat in Brüssel sei im Prinzip beschlossen worden, bei der englischen Regierung anzugehen, die „Platonische Idee“ eines Antwortentscheidens an Deutschland durch klare und praktische Vorschläge zu ergänzen, insbesondere hinsichtlich der Kontrolle der deutschen Finanzen, der direkten Ausbarmachung gewisser Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Monopolen für die Reparationen. In der Frage des Sachverständigenkomitees wolle die belgische Regierung noch einem Kompromiß zu streben, derart, daß die Reparationskommission veranlaßt werde, sich, ohne die eigene Autorität zu beeinträchtigen, nach Möglichkeit des Beistandes und des Rates von Sachverständigen zu bedienen. Für den Fall der Einstellung des deutschen Widerstandes trete die belgische Regierung unter Aufrechterhaltung der Bezeichnung und der Kontrolle in denjenigen Gebieten, die als Pfand für die Vertragserfüllung dienen sollen, für eine Neuorganisation des gegenwärtigen Regimes ein in der Weise, daß Deutschland nicht länger das Argument geltend machen könne, daß durch die Bezeichnung die Reparationen verhindert werde. Die Meinung des „Leit Parisien“, daß zwischen Paris und Brüssel bereits vollkommenes Einmengen herrsche und daß die in Aussicht genommene Zusammenkunft zwischen Poincaré und den beiden belgischen Ministern Theunis und Jaspars schon abgehandelt worden sei, weil man unter diesen Umständen eine mündliche Aussprache für überflüssig halte, klingt danach nicht gerade sehr glaubwürdig.

Nach einer Meldung aus Brüssel ist dort gestern der belgische Delegierte der Reparationskommission Delacroix eingetroffen. Er hat sofort eine längere Konferenz mit den Ministern Theunis und Jaspars gehabt.

Das „Echo de Paris“ will von gut unterrichteter englischer Seite erfahren haben, daß die englische Regierung die französische in der allerjüngsten Zeit aufgesordert habe, ihre Vorschläge hinsichtlich der von Frankreich gewünschten Garantien für seine Sicherheit zu unterbreiten.

Keine offizielle Antwort Amerikas auf die englische Note.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 24. Juli.
Nach Meldungen aus Washington bezeichnet man es dort als wahrscheinlich, daß die amerikanische Regierung die ihr übermittelten englischen Dokumente nicht formell beantwortet werden, sondern daß Staatssekretär Hughes sich darauf beschränken werde, dem englischen Premierminister die Auffassung der Vereinigten Staaten zu den einzelnen, in der englischen Note aufgeworfenen Fragen inoffiziell zur Kenntnis bringen.

Die Abbrüfungsdebatte im Unterhaus.

Baldwins Erklärungen. — Unsicherheitsfrage einer internationalen Konferenz zur Lösung der Reparations- und Sicherheitsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 24. Juli.
Über den Verlauf der gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Frankreich und England wird das strengste Schweigen bewahrt. Dies ist zweifellos zum Vorteil der Franzosen, denn die englische Sache kann nur durch die Öffentlichkeit gewinnen. Der Nachteil, den England durch die Ausschaltung der Öffentlichkeit erleide, werde heute auch von den Morgenblättern betont. Mit einer gewissen Vorliebe äußern sich die „Times“. Dagegen sagt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß man einen Fehler begangen habe, indem man zu bereitwillig auf den französischen Wunsch um Geheimhaltung der Verhandlungen eingegangen sei, und daß man dies jetzt in weiten Kreisen erkenne. Allerdings ist dieser Fehler nicht auf eine heimliche Weise zu korrigieren. Denn die englische Regierung habe den Franzosen zu verstehen gegeben, daß sie eine baldige Antwort hier erwarten und zwar schon vor den Sommerferien des Unterhauses, so daß die Abgeordneten über den Stand der Verhandlungen unterrichtet werden könnten. Man hätte anfänglich angenommen, daß die Antwort Poincarés auf die englische Note Ende dieser Woche in London sein würde. Dies erwidert jetzt beinahe ausgedehnt.

Die „Westminster Gazette“ spricht von zehn oder vierzehn Tagen, während deren die französische Antwort hier eintreffen würde. Das würde gerade noch langem, um es der englischen Regierung zu ermöglichen, das Parlament vor Beginn der Ferien über die Lage zu unterrichten. Dann, wie der parlamentarische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, werden sich die Abgeordneten nicht in die drei Monate dauernden Ferien be-

geben, ohne eine weitere Regierungserklärung entgegenzunehmen und Gelegenheit gehabt zu haben, sich über die Lage zu äußern. „Westminster Gazette“ hält es aber für möglich, daß die französische Regierung nicht schriftlich antworten werde, sondern daß sie mehr Erfolg von mündlichen Verhandlungen verpasse. Die für übermorgen angelegte Debatte über die Ruhrfrage ist abgesetzt worden, da die Regierung an diesem Tage doch nichts Neues vorbringen könnte. Über die Ruhrfrage hat sich gestern auch Lord George bei einem Dinner der National Liberals geäußert. Wenn Monate bei der Koalitionsregierung gelingen, Poincaré aus der Ruhr fernzuhalten, kann aber die Koalition gestärkt werden, da habe Poincaré seinen Marsch ins Ruhrgebiet angetreten.

In der gestrigen Unterhausdebatte führte Baldwin zu dem Antrag Mac Donalds, sofort eine internationale Konferenz zur Beschränkung der Rüstungen einuberufen, aus, er glaube nicht, daß eine Konferenz in gegenwärtigen Augenblicken irgendeinen Erfolg haben werde, bevor nicht die Reparations- und die Sicherheitsfrage gelöst seien, werde ein derartiger Versuch ausfallslos sein. Frankreich werde sich nicht auf eine solche Konferenz einlassen, solange man sich nicht über die Sicherheits- und Reparationsfrage geeinigt habe, und ebenso müßte Polen sich erst vor seinen großen östlichen Nachbarn sicher fühlen. Der erste Schritt, den man tun müsse, bestche in dem Versuch, die Reparations- und Sicherheitsfrage zu lösen. Dieser Schritt werde augenblicklich von der Regierung unternommen. Außerdem sei aber gerade jetzt der Vorkriegsstand an der Arbeit, seinen Abbrüfungsplan fertigzustellen, der der Weltkonferenz im September unterbreitet werden soll. Er könne versprechen, so führte Baldwin aus, daß die englische Regierung den Entwurf des Vorkriegsstandes mit aller Sympathie und allem Interesse prüfen werde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Mac Donalds mit 286 gegen 179 Stimmen abgelehnt.

Rom, 20. Juli.

Von einem besonderen „Triumph“ Mussolinis zu sprechen, wäre ein Gemeinplatz. Denn wie die Dinge in Italien sich entwickelten, ist es einfach undenkbar geworden, an einen anderen politischen Machtfaktor zu denken, für lange Zeit wenigstens. Und wenn darum der Premier, oder Diktator, wie man ihn nun nennen darf, natürlich, als wenn ein Gewitter durchschlägt, so ist das schon fast natürlich, als wenn ein Stein in diesem Manne, sagt Treves in der „Giustizia“, etwas von einem Dämon. Ober — es ist unnatürlich.

Von mittags drei Uhr bis nachts elf Uhr habe ich leghin Gelegenheit gehabt, Mussolini zu beobachten. Die Presse-tribüne liegt der Ministerbank gerade gegenüber und keine Bewegung, keine Pose des Herrn von Italien entging mir. Und da kam mir unwillkürlich, und nicht mir allein, in den Sinn, wie vortrefflich Mussolini seine Rolle spielt, mit oder ohne Absicht. Viertesundlang sah er mit gefreuzten Armen da, unverwandt vor sich fixierend, ein vollendeter Napoleonskopf. Dann wieder beugte er sich tief auf den Tisch, sente den Kopf auf die Arme und schien den Vorgängen zu lauschen, ohne sich weiter um sie zu kümmern. Endlich nahm er, das Haupt in den auf dem Tische ruhenden rechten Arm, die Stellung des schlafenden Löwen Canovas an, die man an Clemens XIII. Grabdenkmal im Petersdom bewundert. Und wirklich, er hat etwas von Millionen beherzigt, ohne daß ein Widerstand sich zu regen wagte, vor dessen Stimme die ganze Kammer, und auch im Lande draußen sehr viel des Volkes, zittert.

Daß Mussolini seine Wahlreform, die Magna Charta des Fasizismus, durchbringen würde, daran hatte man ja kaum gezweifelt. Die Popolari hatten zwar, solange der willensstarke, kleine Priester Don Sturzo sie lenkte, der Vorlage ein sehr böses Gesicht gezeigt, und es wäre gar nicht ausgeschlossen gewesen, daß sie im Bunde mit den Sozialisten und den bürgerlichen Mißbegünstigten die Reform unglücklicherweise niederstimmten. Das alles wurde aber sofort fraglich, als Don Sturzo „per ordre du moulti“, in diesem Falle der Kurie, sich von seiner Führerstellung zurückzog und ins Kloster ging. (Aus Kloster von Monte Cassino.) Sie selbst überlassen, fielen die Popolari alsbald um und der Sieg Mussolinis war unaussprechlich. Womit nicht gesagt sein soll, daß die parlamentarische Ablehnung die Reform vereitelt hätte, denn Mussolini hätte einfach die Kammer aufgelöst und die Wahlreform durch Verordnung eingeführt.

Die Erörterung der Vorlage war nun sehr bezeichnend für die Gestaltung der italienischen Dinge. Von sämtlichen Rednern der Opposition hatte nur der sozialistische Führer Turati den Mut, die Zähre zu zeigen, die anderen wie Labriola, Amendola, Criciani begnügten sich mehr oder minder mit geistreichen Sophismen. Nur Turati erklärte das Gesetz für einen Versuch, die Mehrheit zu unterdrücken, und jagte, die Wahlreform sei durch die Hunderttausende falschlicher Gewehre gekippt. Allen Rednern trat Mussolini in seiner ironischen Art entgegen. Er lehnte den von den Popolari vorgeschlagenen „Detailhandel“ ab und sagte den Sozialisten spöttisch, es gebe in Italien weder eine Bourgeoisie noch ein Proletariat, sondern vierundzwanzig Bourgeoisien und ebensoviele Proletariate. „Welche Beziehungen bestehen denn zwischen einem Spezialarbeiter der „Fiat“, der 50 Lire im Tage einnimmt und als Bourgeois lebt, und einem sizilianischen Tagelöhner, der für ein paar Lire täglich den sonnenerbebrannten Boden aufsticht? Dabei“, fuhr Mussolini mit brutaler Offenheit fort, „standet ihr Sozialisten dicht vor dem Ziele! Aber ihr habt nicht den Mut gehabt, zuzugreifen und euch des Gehirns und des Herzens der Nation zu bemächtigen. Heute ist es mit solchen Hoffnungen vorbei. Gewisse Gelegenheiten bietet die Geschichte nur einmal. Heute gehört die Macht uns, und wir halten sie fest, und werden sie gegen jedermann verteidigen. Darin liegt unsere Revolution: in diesem festen Willen, die Macht zu behalten.“ Und er fügt hinzu, es sei ihm schließlich ganz recht, daß seine Fasizisten noch keine Anstalten treffen, „weisse“ zu werden, d. h. den stürmischen Tatendrang zu verlieren. Im übrigen wolle das Land in diesem Augenblicke von „Freiheit“ nichts wissen. Die Sozialisten verlangten als das Wichtigste, daß man Wasserleitungen baue und sie nicht weiter dursten lasse, die Garden verlangten die Befämpfung der Malaria usw. Mussolini sprach also mehr von der Lage Italiens im allgemeinen, als von der Wahlreform, und er konnte es sich sogar leisten, daß er zum erstenmal eine Erziehung sprach, ja sogar fast gemächlich. Nur einmal fiel er in die alte Mode zurück, als er vor Turatis gegen die Staatsautorität warnte, und es dafür blaue Bohnen anfündigte. Die Sozialisten aber suchte er mit den schönsten Orpheusklangen anzulocken und versprach den Gewerkschaften sogar einen Sitz im Kabinett, wenn sie sich dem Fasizismus angeschlossen. Eine Einladung, die vielleicht nicht ohne allen Erfolg bleibt, denn bereits scheinen die Gewerkschaftsführer d'Aragona und Colombino Verhandlungen mit der Regierung angeknüpft zu haben.

Von der äußeren Politik schwieg Mussolini diesmal, erklärte aber, sie demnachst in der Kammer erörtern zu wollen. Die äußere Politik ist schließlich auch das einzige Feld, wo mit verwindenden Ausnahmen (von gewissen französisch orientierten Blättern und Gruppen abgesehen) alle Parteien einig sind. Von allen wird Mussolinis offenbare Schenkung zu England gebilligt. Man wünscht sie teilweise sogar noch akzentuiert zu sehen. Darin stimmt die Turiner „Stampa“ überein mit der nationalsozialistischen, heute faschistischen ministeriellen „Idea Nazionale“, die seit einiger Zeit keine Rücksicht mehr gegen Frankreich kennt,